

Bericht aus dem Rathaus Januar 2016

Missbrauchsfälle bei Power for Kids

Kinder sind diversen Umfragen zufolge für mehr als 93 Prozent der Mütter und Väter das Allerwichtigste im Leben. Deshalb war die Nachricht, dass ein Gründungsmitglied des Vereins „Power for Kids“ sexuelle Übergriffe in mehr als 60 Fällen eingeräumt hat, eine schockierende Nachricht. Das gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass besagte Person die Ziele seiner Jugendarbeit einst damit umschrieb, Kinder von der Straße holen und ihnen ein sicheres Obdach geben zu wollen. Die Sensibilität des Themas ist hoch und deshalb war es auch vollkommen richtig, dass die OB Angelika Gramkow zu Jahresbeginn eine Untersuchung eingeleitet und erste personelle Maßnahmen angeordnet hat. Das Ergebnis dieser Untersuchungen wird auch Teil der Aufarbeitung im zeitweiligen Sonderausschuss sein, den die Fraktionen in der Januarsitzung beschlossen haben. Dieser muss klären, warum es über so viele Jahre niemandem im Verein auffiel, dass es Gründungsmitglied Peter B. an der nötigen Distanz zu den Kindern und Jugendlichen fehlen ließ, obwohl es bereits 2004 aufgrund einer Anzeige des Sohnes der Lebensgefährtin erstmals Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf sexuellen Missbrauch gab. Er wird sich auch damit beschäftigen, warum man den Fall im Jugendamt 2015 zu den Akten legte und nicht hinterfragte, ob dort, wo 2 Missbrauchsfälle gemeldet wurden, nicht weitere zu befürchten sind. Eine direkte Konfrontation des Vereins mit den Vorwürfen oder ein Einschalten der Polizei hätte vielleicht verhindern können, dass der Täter noch mehrere Monate frei herumläuft und möglicherweise noch weitere Kinder zu Opfern wurden.

Deshalb stellt sich auch nicht die Frage ob aufgearbeitet werden soll, sondern wie. Nach unserer Auffassung geht zuvorderst um Aufklärung in der Sache. Im Interesse eines besseren Schutzes von Kindern und Jugendlichen muss nach der Analyse der Fehler im aktuellen Fall, mit dem Blick nach vorn die Frage beantwortet werden, ob und wie das Zusammenwirken von Jugendamt, Sozialarbeitern und freien Trägern der Jugendhilfe optimiert werden kann. Daneben stellt sich natürlich auch die Frage, ob und wie der Verein Power for Kids noch eine Zukunft hat. Aus unserer Sicht ist dies nur dann mit Ja zu beantworten, wenn die Vorfälle auch vereinsintern aufgearbeitet werden. Dazu war die zwischenzeitlich erfolgte Schließung ebenso notwendig, wie die Hinzuziehung von externem Sachverstand. Für politische Ränkespielchen eignet sich das Thema nicht. Gerd Böttger und Jörg Böhm werden die schwierige Aufgabe haben, dies im zeitweiligen Sonderausschuss deutlich zu machen.

Ein Kundenbeirat für den Nahverkehr?

die Idee den verschiedenen Kunden des Nahverkehrs über einen Beirat mehr Gewicht zu geben, ist nicht neu. Auch die Linksfraktion hatte 2015 bereits einen Prüfantrag zur Einrichtung eines Fahrgastbeirates beim Schweriner Nahverkehr gestellt. Anlass waren verschiedenste Diskussionen, so zur Zweckmäßigkeit des Unterstandes am Marienplatz oder zur Linienführung in der Gartenstadt. Deshalb haben wir angeregt, dass Fragen der Verkehrssicherheit, der Verbesserung des örtlichen Nahverkehrs, der Tarifgestaltung, der Haltestellenplanung, der Fahrzeugauswahl oder der Fahrplangestaltung bereits im Planungsstadium mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen werden. In zahlreichen Städten gibt es derartige Beiräte, so in Halle/Saale oder in Magdeburg. Die Herausforderung besteht darin, eine repräsentative Auswahl der Kundengruppen sicherzustellen. Schließlich sollte ein solcher Beirat die Anliegen von Schülern und Auszubildenden ebenso wie die von Rentnern, Berufstätigen, Arbeitslosen oder Schwerbehinderten vertreten. Deshalb ist es gut, dass die Diskussion nun im Aufsichtsrat des Nahverkehrs fortgesetzt wird.

Hexerei in der Stadtvertretung?

Mit einem astreinen Plagiat befasste die ASK die Stadtvertretung. DIE LINKE Gadebusch hatte in der dortigen Stadtvertretung einen Antrag platziert, der die Hexenverbrennungen und die damit einhergehende Hysterie thematisierte und angeregt, die Geschichte aufzuarbeiten und der Opfer in geeigneter Form zu gedenken. Ein guter Antrag dachte sich die ASK und fordert selbiges nun auch für Schwerin. Der Kulturausschuss wird nun weiter darüber beraten, ob und wie dem Ansinnen in unserer Stadt Rechnung getragen werden kann.

DIE LINKE hilft vor Ort

Im Dezember hatten sich Anwohner der Ratzeburger Straße an die Fraktion gewandt. Im Zusammenhang mit der Erschließung des neuen Wohngebietes am Rosenhain, hatten sich diverse Probleme ergeben. DIE LINKE hatte daraufhin in der Dezembersitzung beantragt, die Sachlage zu prüfen und eine Begehung durchzuführen. Diese fand noch im gleichen Monat statt und sorgte für Aufklärung in Sachen Parkplatznutzung, Zugang zur Kleingartenanlage, Anordnung von Parkverboten und zur Sicherung der Ausfahrt aus dem dortigen Garagenkomplex. Zudem wurde Hilfe bei der Einebnung der Zufahrt zu den Garagen in Aussicht gestellt.

Anträge zu Kita- und Schulentwicklungsplanung beschlossen

Zahlreiche Anträge unterschiedlicher Fraktionen befassten sich mit der Situation in den Kindertagesstätten und Schulen der Landeshauptstadt. Zuzüge junger Familien in die Innenstadt, steigende Bedarfe durch Flüchtlingskinder oder die Notwendigkeit flexibler Öffnungszeiten auch in Randzeiten zur Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren ursächlich für die Initiativen. Sie fanden Eingang in die entsprechenden Verwaltungsvorlagen mit denen sich die Stadtvertretung demnächst noch einmal befassen wird.

Beschränkung für Zirkusbetriebe mit Wildtieren?!

Kontrovers wurde dieser Antrag in allen Fraktionen diskutiert. Während die einen darauf pochten, dass eine Zirkushaltung niemals tiergerecht sein könne, verwiesen andere darauf, dass die Präsentation von dressierten Tieren zu allen Zeiten die Leute in den Zirkus gelockt habe. Zudem würden Zirkusbetriebe streng kontrolliert. Die Abstimmung bei der es keinerlei Fraktionszwang gab, führte am Ende zu einem mehrheitlichen Beschluss, künftig keine kommunalen Flächen mehr für Zirkusbetriebe zur Verfügung zu stellen, die Wildtierdressuren präsentieren. Diese werden künftig einen Bogen um die Landeshauptstadt Schwerin machen.

Volkshochschule bietet künftig Reisen in Partnerstädte an

Nur 9.500 Euro stehen für die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu unseren sieben Partnerstädten Odense (Dänemark), Pila (Polen), Reggio Emilia (Italien), Talinn (Estland), Vaasa (Finnland), Växjö (Schweden) und Wuppertal (NRW) pro Jahr zur Verfügung. Diese reichen gerade einmal aus, um die offiziellen Kontakte zwischen den Verwaltungen zu halten, schon das Ausrichten gemeinsamer Veranstaltungen gestaltet sich angesichts des geringen Budgets schwierig. Deshalb wurde DIE LINKE aktiv und sorgte dafür, dass Städtepartnerschaften künftig nicht nur auf dem Papier stehen, sondern Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit haben, unsere Partnerstädte zu bereisen. Die Volkshochschule wird künftig in ihrem Reiseprogramm auch Fahrten in Schwerins Partnerstädte anbieten. Es geht darum, sich besser kennen zu lernen, Kontakte zu knüpfen und etwas über die jeweiligen kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und landeskundlichen Besonderheiten zu erfahren.

Nachfrage nach Waffen steigt auch in Schwerin

Auch bei vielen Schwerinern steigt der Wunsch, das subjektive Sicherheitsgefühl durch den Besitz einer Waffe zu verbessern. Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung. Denn die Polizei warnt vor dieser Form von „Scheinsicherheit“. Der Besitz von Schreckschusspistolen könne Konfliktsituationen sogar eskalieren, weil ein Angreifer meine, man habe eine geladene Waffe auf ihn gerichtet. Im Jahre 2015 und auch aktuell ist eine stark gestiegene Nachfrage nach diversen erlaubnisfreien Waffen und dem so genannten Kleinen Waffenschein zu verzeichnen. Täglich erreichen das Ordnungsamt Bürgeranfragen zu den waffenrechtlichen Möglichkeiten zur Eigensicherung. Allein in den ersten zwei Wochen dieses Jahres seien schon sechs neue Anträge zur Bearbeitung eingegangen. Der Kleine Waffenschein berechtigt zum Führen von Waffen, deren Besitz nicht erlaubnispflichtig ist. Das sind Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalpistolen. Den Antragstellern wird erlaubt, solche Waffen nicht nur zu Hause, sondern auch im öffentlichen Raum mitzuführen. Und die Voraussetzungen, solche Waffen führen zu dürfen, sind relativ niedrig. Man muss mindestens 18 Jahre alt sein, darf keine Vorstrafen haben, darf nicht drogen-, alkohol- oder medikamentenabhängig sein und keine psychischen Störungen haben.

Schwerin Card wieder attraktiv

Links wirkt, könnte man sagen. Die Inanspruchnahme der Schwerin Card ist im Jahr 2015 wieder deutlich gestiegen. Insgesamt 1.328 Schwerinerinnen und Schweriner nutzten das Angebot, dass Leistungsbeziehern im SGB II und SGB XII sowie im Asylbewerberleistungsgesetz ebenso wie Wohngeldempfängern und Absolventen des Bundesfreiwilligendienstes sowie ihren minderjährigen Kindern einen vergünstigten Eintritt in die Sternwarte, den Zoo, die Schwimmhalle, das Staatstheater, den Speicher, die Volkshochschule, das Konservatorium oder die Stadtbibliothek ermöglicht. Die Steigerung um 67 Prozent beruht unter anderem auf der LINKEN angeregten, besseren Bewerbung des Angebotes. So wurde zwischenzeitlich ein neuer Flyer aufgelegt, der nunmehr an allen Arbeitsplätzen im Bürgerbüro, der Wohngeldstelle, oder der Ausländerbehörde ausliegt. Zudem wird im Internet und auf dem Monitor im Wartebereich des Dokumentenservices auf das Angebot hingewiesen.